

Wiener Zeitung: Leitartikel von Reinhard Göweil: "Schwalbe und Sommer"

Utl.: Ausgabe vom 7. August 2012 =

Wien (OTS) - Als im Oktober 2008 Jörg Haider mit seinem Dienstauto tödlich verunglückte, wusste er vermutlich bereits, dass die Hypo Alpe Adria Staatsgeld zur Rettung benötigen wird. Und er wusste wohl auch, dass die Bayerische Landesbank - zu diesem Zeitpunkt Mehrheitsaktionär der Bank - in einer gewaltigen Klemme saß und bei der Hypo kein Stein auf dem anderen bleiben würde.

Im September 2008 war die US-Investmentbank Lehman pleitegegangen, was Schockwellen um den Globus jagte. Haider und sein damaliger Pressesprecher sowie "geschäftsführender BZÖ-Obmann" Petzner wären wohl politisch geschickt genug gewesen, die hausgemachte Pleite der Landeshypo zum Lehman-Opfer umzumodeln. Doch eines hätten sie nicht hingekriegt: Mit dem Einstieg des bankenrettenden Staates hätte es in Vorstand und Aufsichtsrat personelle Änderungen ergeben. Mit der De-facto-Pleite der BayernLB wären auch dort neue Leute ans Ruder gekommen. Und die hätten - angesichts der existenzbedrohenden Situation damals - wohl keine Rücksicht mehr auf einen Regionalkaiser aus Kärnten genommen. Das "System Haider", über das die ÖVP heute gerne spricht, ist nicht jetzt, sondern damals zugrunde gegangen.

Jörg Haider hat dies alles wohl am 11. Oktober 2008 gewusst, als er mit seinem Auto - viel zu schnell unterwegs - aus der Kurve flog.

Wenn sich nun Stephan Petzner hinstellt und erklärt, in der damaligen ÖVP seien die Bösen zu suchen, doch Jörg Haider sei der Gute gewesen, der Schaden vom Land abwehren wollte, so wird wohl nur Ersteres stimmen. Die Schlüssel-ÖVP stellte Kärnten unter einen Glassturz, und der wurde dort weidlich ausgenutzt: In die verantwortlichen Positionen kamen nur unbedingte Gefolgsleute Haiders und seiner Entourage. Auch die Justiz unterwarf sich, ein besonders empörender Auswuchs zum Vasallenstaat.

Petzner mag aus Sicht eines Medienexperten seinen Gerichtsauftritt besonders ausgefuchst genutzt haben - es kommt nicht so oft vor, dass man bei einem Strafprozess Partei-Werbung betreiben kann.

Doch die Justiz haben diese Herrschaften nicht mehr in der Hand. Und

es ist erst ein Bruchteil dessen aufgearbeitet, was zwischen 2000 und 2006 passiert ist. Das wird allerdings noch dauern, vielleicht länger, als es das BZÖ gibt ...

www.wienerzeitung.at/leitartikel

Rückfragehinweis:

Wiener Zeitung

Sekretariat

Tel.: +43 1 206 99-474

<mailto:redaktion@wienerzeitung.at>

www.wienerzeitung.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/454/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0111 2012-08-06/19:00

061900 Aug 12

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120806_OTS0111